

1 BETEILIGUNG

» Wie werden Sie sich für eine bessere und wirksamere Jugendbeteiligung auf Bundesebene einsetzen, damit junge Menschen künftig wirksamer an politischen Entscheidungsprozessen teilhaben? «



CDU CSU

Folgen

Die Jugend ist unsere Zukunft. Ihre Stimme und ihre Erfahrungen sind unheimlich wertvoll. Wir setzen uns daher für eine stärkere Jugendbeteiligung auf Bundesebene durch gezielte Maßnahmen zur Förderung der politischen Bildung und Partizipation junger Menschen ein. Dazu gehört die Stärkung der politischen Bildung in Schulen und die Förderung von Jugendorganisationen. Zudem werden CDU und CSU digitale Plattformen nutzen, um den Dialog zwischen jungen Menschen und politischen Entscheidungsträgern zu erleichtern. Durch diese Maßnahmen soll sichergestellt werden, dass die Stimmen der Jugend in politischen Entscheidungsprozessen stärker Gehör finden und ihre Anliegen berücksichtigt werden.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Folgen

Wir wollen Räume schaffen und stärken, in denen junge Menschen ihre Ideen und Rechte auch wirksam einbringen und einfordern können. Dabei spielen für uns Kinder- und Jugendparlamente eine wichtige Rolle.

Wir haben als Teil der Regierung die Jugendbeteiligung bereits vorangebracht. Mit dem Nationalen Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung haben wir die Jugendstrategie der Bundesregierung weiterentwickelt. Dabei wurden und werden wirksame Formate der Beteiligung junger Menschen angewandt. Beispielhaft genannt sei hier die Neubesetzung des jugendpolitischen Beirats des BMFSFJ: Seit 2022 sind erstmals auch junge Menschen unter 27 Jahren Mitglieder.

AfD

Folgen

Warum steht hier nichts?
Die AfD hat trotz mehrfacher Erinnerung bis zur Finalisierung der Broschüre keine Antworten auf die U18-Jugendfragen gegeben.

DIE LINKE.

Folgen

Die Linke will Jugendbeteiligung auf allen politischen Ebenen stärken, indem wir echte Mitspracherechte schaffen – denn die Politik wird immer noch von den Alten dominiert. Wir wollen Wahlrecht ab 16 Jahren, damit junge Menschen direkt mitbestimmen können. Wir wollen Jugendparlamente, Jugendräte und anderen Beteiligungsformate fördern: Sie müssen finanziell besser ausgestattet und ernsthaft in Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Wenn Gesetzesvorhaben junge Menschen betreffen, müssen junge Menschen dazu auch angehört und eingebunden werden. Unsere Vision ist eine Politik, die junge Perspektiven ernst nimmt und ihnen echte Einflussmöglichkeiten gibt.

Bündnis Sahra Wagenknecht

Folgen

Junge Menschen sind in politische Entscheidungsprozesse, die sie unmittelbar betreffen, zu wenig eingebunden. Ein gutes Beispiel hierfür war der Umgang mit ihnen während der Corona-Krise. Dieser Fehler darf sich nicht wiederholen. Wir wollen Mitgestaltungsrechte von Jugendlichen auf allen Ebenen ausbauen und setzen uns für eine Institutionalisierung von Beteiligungsstrukturen ein. Die zahlreichen Jugendverbände müssen hierfür gestärkt werden. Zudem brauchen wir in der Schule eine Ausweitung von Mitbestimmungsrechten. Wir wollen eine Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz. Die Teilhabe von jungen Menschen an politischen Entscheidungsprozessen muss unabhängig von ihrer sozialen Herkunft oder ihres Wohnortes gestärkt werden.

SPD

Folgen

Kinder und Jugendliche müssen auf Augenhöhe beteiligt werden und dabei Selbstwirksamkeit erfahren – überall dort, wo sie von Entscheidungen betroffen sind. Sie sollen von Anfang an lernen und erleben, dass es sich lohnt, sich mit eigenen Meinungen und Ideen einzubringen. Schon in den Kitas und vor allem in Schulen müssen Kinder und Jugendliche daher alles, was die Schulgemeinschaft, ihre Lernprozesse und Lerninhalte betrifft, aktiv mitgestalten können. Und Jugendliche sollen auf allen Ebenen aktiv in politische Prozesse einbezogen werden. Wir wollen daher die Jugendstrategie der Bundesregierung aktualisieren und fortführen und die Beteiligung von Jugendlichen in kommunalen Jugendhilfeausschüssen gesetzlich verankern.

Freie Demokraten FDP

Folgen

Wir finden: Junge Menschen sollen als mündige Bürgerinnen und Bürger mitentscheiden können! Darum setzen wir uns dafür ein, das Wahlalter bei der Bundestagswahl auf 16 Jahre zu senken – so wie es schon bei der Europawahl möglich ist. Es geht um ihre Zukunft, also ist es nur fair, dass junge Menschen mitbestimmen. Gleichzeitig müssen alle die Chance haben, sich politisch zu informieren und einzubringen. Deshalb wollen wir die politische Bildung in der Schule stärken und mehr Gelegenheiten schaffen, bei denen junge Menschen Gehör finden. Junges Engagement zählt – für eine starke Demokratie!

Die Antworten weiterer Parteien und weitere Informationen

